

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
3 (1889)**

34 (20.3.1889)

Norddeutsches Volksblatt.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,
für Politik und Unterhaltung.

Erscheint
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
die viergespaltene Zeile 10 Pf.
bei Wiederholungen Rabatt.

Abonnement:
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . . 1 Mk. 50 Pf.
für 2 Monate . . . 1 „ „
für 1 Monat . . . 50 „ „
expl. Postbefreiung.

Expedition: Vant-Wilhelmshaven, Adolfsstraße Nr. 1.

Polizeikommissar Engel und der Blaufärber Wichmann.

In Altona fand vor einigen Tagen ein interessanter Prozeß statt.

Auf der Anklagebank erscheint der Blaufärber, frühere Polizeiagent S. Ch. Wichmann, am 8. November 1850 zu Frankfurt a. M. geboren, einmal wegen Widerstandes mit 20 und zwei Mal wegen Beamtenbeleidigung mit 20 und 40 Geldstrafe verurteilt. Nach der Anklageschrift ist Wichmann beschuldigt, am 14. Oktober v. J. den Färber Schubert und den früheren Gastwirt, jetzigen Malter Anthony in einem Schreiben an die Kgl. Regierung in Schleswig wissentlich falsch denunziert zu haben, genannte Personen hätten zu hochverrätherischen Unternehmungen aufgereizt, welche bei der Anwesenheit des Kaisers anlässlich der Feier des Zollanschlusses ins Werk gesetzt werden sollten. (Vergehen gegen § 164 des Strafgesetzbuches.) Wichmann bestreitet, Schubert und Anthony in dem Schreiben der Anklage beschuldigt zu haben und gibt an, er hätte den in Rede stehenden Brief an die Regierung im speziellen Auftrage des Polizeikommissars Engel geschrieben, weil Engel verstärkte Sicherheitsmaßregeln bei der Anwesenheit des Kaisers dadurch herbeiführen zu sehen wünschte. In dem Schreiben, welches zur Verlesung gelangt, sagt Wichmann ungefähr: Demgleich Hamburger und Republikaner, muß ich die Regierung doch auf eine Gefahr aufmerksam machen. Der Haß (hier stehen in dem Schreiben drei Fragezeichen), welcher im Volke durch den Zollanschluß hervorgerufen, mache sich in Wirtschaften bemerkbar, dort, besonders in der Hafengegend, werde offen die Ermordung des Kaisers u. dergl. gepredigt. In dieser Richtung machen sich der Färber Schubert und Anthony durch anarchistische Heterereien bemerkbar. Unterzeichnet war das Schreiben: „Kapitän“. Auf Befragen erklärt der Angeklagte, daß ihm Engel seinen Auftrag gegeben, die Namen der beiden so arg Verleumdeten in dem Schreiben zu erwähnen. Er wäre von Engel sogar nachher darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Erwähnen der beiden Leute eine Dummheit gewesen sei, er hätte harmlosere Leute erwähnen können. Letzteres hätte er, der Angeklagte, aber nicht für richtig gehalten. Es hätten doch Leute mit anarchistischer Gesinnung sein müssen und für solche halte er die von ihm Verdächtigten, obgleich er zugeben müsse, daß an dem, was das Schreiben enthielt, kein Wort wahr sei. Engel hätte dies Schreiben aber gewünscht, wahrheitsgemäß um größere Gemalt in die Hände oder einen Orden zu bekommen. Auch die protokollläre von ihm gemachten Aussagen seien der reine Schwindel. Kommissar Engel habe ihm eines Tages gesagt, er, E., solle ein Protokoll über die Geschichte aufnehmen und werde Wichmann durch den Polizeiergenten Ramn dazu bestellen lassen. In das Protokoll hätte Engel hineingeschrieben, was ihm passend erschienen, er wisse davon nicht viel. Im Uebrigen sei das Alles Schwindel und nur auf Engels Anrathen geschrieben. Auf Anfrage erklärt Wichmann noch, früher in Altona als Kriminalpolizist und seit 1881 auf Empfehlung des Kommissars Engel von Berlin aus bei der Geheimpolizei angestellt und speziell mit der Überwachung anarchistischer Umtriebe betraut gewesen zu sein. Zeuge Polizeikommissar Engel bejaht die Frage, ob er wisse, weswegen er vernommen werden solle und erklärt, daß er der ganzen Geschichte vollständig fernstehe. Alles, was Wichmann in der Sache ausgesagt habe, sei völlig erlogen; kein Haar, kein Fittelschen daran sei wahr. Wichmann habe ihm fortwährend angelegen, Zeuge solle ihm zur Erlangung einer Pension behilflich sein. Auf die Frage, ob er Wichmann für völlig geistig gesund halte, erklärt Engel, bei den vielen Denunziationen, welche Wichmann selbst gegen Polizei und Staatsanwalt, ja gegen seine eigene Mutter bei ihm angebracht habe, sei ihm wohl manchmal der Gedanke gekommen, daß Wichmann wohl verrückt sein müsse; wenn er aber Alles genau erwäge, so käme er doch zu der Ansicht, daß Wichmann bei allen seinen fälschlichen Denunziationen einen bestimmten Zweck verfolgt habe, und nach seiner Meinung geistig völlig intakt sei. Wichmann habe eine Zeit lang als Berichterstatter beim „General-Anzeiger“ fungirt und habe da allerhand Notizen geliefert, Sozialistisches betreffend, welche er zum Theil nachher in einer Zeitschrift an den Abgeordneten Auer und im „Hamburger Echo“ als Unfug widerrufen habe. Um seiner Feindschaft gegen den früheren Reporter der „Bürgerzeitung“, Levinson, Ausdruck zu geben, habe er im „General-Anzeiger“ eine Notiz gebracht, Levinson habe um die Aufnahme seiner Ausweisungsbefehle bei der Regierung nachgesucht. Da nun Levinson jedenfalls sofort gegen diese Notiz remontrirt habe, so habe Wichmann die erteilte Notiz dahin berichtigt, daß sich Levinson nicht an die Regierung,

sondern an ihn, den Zeugen, gewandt habe. Die ganze Geschichte sei ebenfalls total erlogen. Wichmann erklärt, die Aussage Engels sei sehr erklärlich. Er könne wohl begreifen, daß der Kommissar Alles bestreite und wundere sich darüber gar nicht, Engel habe schon ganz andere Sachen gemacht. Der nächste Zeuge, Polizeinspektor Schröder aus Hamburg, an den das bemußte Schreiben Wichmanns von der Regierung in Schleswig gefandt worden, erklärt, man hätte demselben gar keine Bedeutung beigelegt, da erwiesenermaßen nicht die geringste Erregung unter der Hamburger Bevölkerung geherrscht habe, im Gegentheil Alles in begeisterter Stimmung gewesen sei. Wichmann nimmt an, daß der Zeuge sich wohl gleich gedocht habe, der Brief rühre von Engel her und habe ihn deshalb ad acta gelegt. Der Zeuge verneint dies. Die beiden anderen Zeugen, Anthony und Schubert, erklären, ebenfalls von der Sache nichts zu wissen. Sie hätten früher einmal mit Wichmann zu thun gehabt, Anthony sei bestraft worden, weil er nach Annahme des Gerichts Wichmann mißhandelt habe. Wichmann habe Anthony dann wegen Entschädigung verklagt, sei aber am 8. Oktober v. J. mit seiner Klage abgewiesen worden. Schubert betont noch, daß Wichmann in ganz Ottenen verhaftet sei, und ihm Jeder aus dem Wege gehe. Wichmann hebt nochmals hervor, daß beide Zeugen so wenig in den erwägten Wirtschaften am Hafen gewesen seien, als daß irgend eine Erregung unter dem Publikum geherrscht habe. Anarchistische Anschauungen huldigten seiner seien Meinung nach aber Beide. Nachdem noch Kreisphysikus Wallisch ein Gutachten über den Geisteszustand des Angeklagten erteilt, in welchem er ihn für etwas nervös, aber für völlig geistig zurechnungsfähig erklärt, nimmt der Staatsanwalt das Wort und legt klar, daß es sich im vorliegenden Falle nicht nur um eine allgemeine Warnung, sondern um eine direkte und schwere Beschuldigung handle; denn nachdem der Angeklagte von Heterereien im Allgemeinen berichtet, führe er unmittelbar fort, die Zeugen Schubert und Anthony hätten sich darin besonders hervorgethan. Der ganze Bericht sei eingestandenmäßig falsch. Der beste Beweis dafür sei die Haltung des Volkes zu jener Zeit. Der einzige Mißton bei dem Feste sei eben nur der Brief Wichmanns. Welches sind nun die Beweggründe, welche W. bei Abfassung des Schreibens leiteten? Weshalb hat er die beiden Zeugen mit in die Anzeige verwickelt? Letzteres aus blindem Haß. Ersteres, um, wenn ja das Geringste passirt wäre, sich als großen Mann auszuweisen zu können, welcher das voraus gesagt habe. Bei der Beräthlichkeit der Motive, bei der Gemeingefährlichkeit Wichmanns, bestrafe er 2 Jahre Gefängnis, 2 Jahre Exerzium und Publikationsbefugnis für die Verleumdungen. Wichmann sucht die Glaubwürdigkeit seiner Aussagen zu beweisen, indem er meint, bei solchen Vorkommnissen, wie der Besuch des Kaisers in Hamburg, würden von der Polizei vielfach ähnliche Manöver gemacht, das sei doch nichts Neues, das sei ein gewöhnlicher Polizeischwindel. Er hätte den Brief ganz harmlos abgeschrieben, da er eine falsche Denunziation gegen die beiden Zeugen nicht darin erblickt habe, ihnen auch damit keine hochverrätherischen Absichten untergeschoben habe. Das Gericht erkennt dem Antrage des Staatsanwalts gemäß.

Politische Rundschau.

Vant, den 18. März.

Berlin. Die Berliner „Volkszeitung“ ist auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden. Nachdem erst vor einigen Tagen eine Nummer derselben, welche sich mit dem alten Wilhelm beschäftigte, konfisziert worden war, erzielte dasselbe Schicksal die Nummer 65 vom 17. März wegen eines Leitartikels „Ein Gedanktag“ (zum 18. März.) Daraufhin wurde das weitere Erscheinen des Blattes auf Grund des Sozialistengesetzes untersagt. Dem verantwortlichen Redakteur ist das Verbot bereits am 17. d. M. zugestellt worden. Der Verlag wird vorläufig ein farbloses Blatt unter dem Titel „Arbeitsmarkt“ herausgeben. Im Abgeordnetenhaus war der Antrag beim Vorstand eingelaufen, dem Berichterstatter der „Volks-Ztg.“ wegen des Artikels über den alten Wilhelm den Besuch der Journalistentrübene und die Benutzung des Lesesimmers zu entziehen. Mit Rücksicht auf das inzwischen erfolgte Verbot ist der Antrag gegenstandslos geworden und gab der Vorstand eine diesbezügliche Erklärung ab. — Bisher sind die Verbote freisinniger Zeitungen auf Grund des Sozialistengesetzes immer wieder aufgehoben worden. Ob dies auch bei der „Volks-Ztg.“, dem unweifelhaft besten Organ des deutschen Bürgerthums, der Fall sein wird, werden wir seinerzeit zu erfahren. Der Leitartikel, auf den sich das Verbot stützt, enthält unserer Ansicht nach auch nicht die Spur „sozialdemokratischer Umsturzbestrebungen“. Allerdings sind schon eine ganze Reihe von Arbeiterblättern verboten und die betreffenden Verbote aufrecht erhalten

worden, bei denen die Verhältnisse die gleichen waren; nach der Bestätigung des Verbots der „Hamburger Rundschau“ seitens der Reichskommission darf man sich in dieser Hinsicht über nichts mehr wundern. Das Verbot der „Volks-Zeitung“ kommt gerade zur rechten Zeit. Wenn unter dem ausnahmsgeleglichen Zustande auch die bürgerlichen Organe nicht mehr sicher sind, in die Mägen des Sozialistengesetzes zu geraten, dann wird das Damoklesschwert des Verbots erst recht über ihren Häuptern schweben, wenn die diesbezüglichen Bestimmungen, womöglich in verstärkter und lautsprechlicher Fassung, ins gemeine Recht hineingearbeitet worden sind. Bei der angeblich bevorstehenden Verathung eines „neuen Sozialistengesetzes“ wird auch das Verbot der „Volks-Ztg.“ sicher eine nicht unwichtige Rolle spielen. — Das Verbot ist bereits im „Reichs-Anzeiger“ bekannt gegeben. Das Verfahren der Berliner Polizei wird von der gesamten Presse mit Ausnahme der konservativen Organe einstimmig verurtheilt und die Aufhebung des Verbots als sicher angenommen. Abg. Mueler wird eine diesbezügliche Interpellation im Abgeordnetenhaus stellen. Die erste Nummer des vom Verlag neu herausgegebenen Blattes ist bereits wieder beschlagnahmt.

Bei Eröffnung der Donnerstag Sitzung des Reichstags hielt sich der Präsident, Herr von Devekow, für verpflichtet, zu konstatiren, daß der Abg. Sabor einem in Frankfurt wohnenden Herrn politischen Heuchelei vorgeworfen habe. Er wolle, so setzte er hinzu, den Abg. Sabor nicht noch nachträglich zur Ordnung rufen, er wolle aber feststellen, daß er es für durchaus unzulässig halte, wenn Abgeordnete, gestützt auf ihre Immunität, die Tribüne des Reichstags benutzten, um gegen außerhalb des Hauses stehende Personen, Beamte und Behörden Beschimpfungen auszusprechen. Einmal ganz abgesehen von der Frage, ob die Beschuldigung, es treibe Jemand politische Heuchelei, eine Beschimpfung ist — Herr v. Forderbeck schien diese Ansicht nicht zu theilen, als Fürst Bismarck 1875 im Reichstag die Fortschrittspartei der politischen Heuchelei beschuldigte, und Fürst Bismarck erklärte damals selbst, daß dies keine Beleidigung sei — so entsteht die Frage, was bedeutet denn überhaupt die für notwendig erachtete Immunität der Volksovertreter? Sie bedeutet, daß der Abgeordnete frei und rüchhaltslos und ohne Gefahr, dafür auf Grund der Strafgesetze zur Verantwortung gezogen werden zu können, sein Amt als Volksovertreter auch wirklich ausüben kann. Er soll ohne Furcht vor Verfolgung Kritik üben können an Personen und Institutionen, wie er es im Interesse des Volkes für notwendig hält. Nur soll er seine Stellung nicht mißbrauchen, um wider besseres Wissen Personen oder Behörden anzugreifen und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Das ist die einzige Verbindung, die der Immunität des Abgeordneten gegenüber gestellt werden muß und die inne zu halten jeder Abgeordnete sich im Interesse seiner eigenen persönlichen Würde für verpflichtet halten wird. Ueberfreiheit der Abgeordnete in der Form seiner Äußerungen die im Hause übliche Grenze, so hat der Präsident des Reichstags das Recht, dies zu rügen, aber soweit kann seine Befugnis nicht gehen, durch die Natur der Vorgänge gerechtfertigte Kritiken, und seien sie noch so scharf, ein für alle Mal als unzulässig zu bezeichnen. Der Reichstag hat alle Ursache, einen solchen Versuch der Beschränkung der Redefreiheit mit Entschiedenheit zurückzuweisen.

Aus dem Reichstage. In den ersten Sitzungen war es nicht möglich, die Herren an den Regierungs- und Bundesrathlichen zu einer Äußerung über die verschiedenen Belagerungszustände und das Sozialistengesetz herauszulocken. Am Mittwoch hatte Herr von Helldorff sich Notizen gemacht — ungewißhaft in der Absicht, das Wort zu ergreifen. Allein, nachdem der Reichskanzler mit ihm gesprochen, hörte er auf, sich Notizen zu machen, und weder er noch ein anderer der Regierungsherren hat auch nur ein Sternensmörtchen gepepelt, obgleich sie alle mit tadelloser Aufmerksamkeit den so schwere Anklagen enthaltenden Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten folgten. Es war das ein b e r e d t e s Schweigen. Rein staatsmännisches Schweigen — wohl aber das Schweigen der Verlegenheit. Was soll mit dem Sozialistengesetz gemacht werden? Daß es seinen Zweck nicht erreicht und seinen Urheber keine Lorbeeren gebracht hat, daß weiß jeder Reichstagsabgeordneter — auch der reichsmüthigste Kartellbruder — und das weiß jeder der Herren an den Regierungs- und Bundesrathlichen. Aber wie das Sozialistengesetz wieder los zu machen? Wie man vom Boden des Ausnahmsgesetzes auf den Boden des gemeinen Rechts kommen. Für den ordinären Menschenverstand ist die Sache freilich sehr einfach: Das Sozialistengesetz wird wieder abgeschafft. Allein für Leute, die einen höheren als den ordinären Menschenverstand haben, ist das einfachste und natürlichste immer das schwierigste. Und für diese höheren Geister

Beachtet die Frage sich so: Abschaffung des Sozialistengesetzes der Form nach und Beibehaltung seines Inhalts. Mit anderen Worten die Quadratur des Kreises — ein unmögliches Problem: Sozialistengesetz ohne Sozialistengesetz; oder: gemeinsames Recht mit Sozialistengesetz — was auf die berühmte Republik mit dem Großherzog hinausläuft. Und so schwiegen denn die Herren an den Regierungen- und Bundesratsstischen — sie hatten nichts zu sagen.

— Naus mit den Sozialdemokraten. Wie man uns aus Rendsburg mittheilt, soll der dortige Landrath an den Kampagnenvereinen das Ersuchen gerichtet haben, die sozialdemokratischen Mitglieder aus dem Verein auszuschließen. Der Vorstand hat jedoch vorläufig dem Gesuch keine Folge gegeben und will zunächst den Herrn Landrath ersuchen, die sozialdemokratischen Mitglieder des Vereins namhaft zu machen. — Warum der Herr Landrath gerade nur die Sozialdemokraten und nicht auch andere „Reichsfeinde“, Dänen, Ultramontane und Freimüthige, aus dem Verein herausheben will, um somit nur maßgebend Kartellbrüdern die Mitgliedschaft zu gestatten, ist uns nicht ersichtlich.

— Der deutsche Kaiser hat wieder eine Rede gehalten. Nach der „Deutschen Bäderzeitung“ sagte derselbe u. a. zu einer Deputation der Bäderinnung: „Das deutsche Handwerk mit meiner Ansicht nach wieder auf die Höhe kommen, wie vor dem dreißigjährigen Kriege. Ich habe bereits im Auslande erfahren, daß dasselbe sich bedeutend gehoben hat und sehr obenan steht.“ — Man muß erst die offizielle Korrektur der Rede abwarten, denn obige Worte kann der Kaiser unmöglich gesprochen haben. Wollte man das Handwerk auf seinen mittelalterlichen Standpunkt zurückzuführen, dann müßte man damit zugleich alle Errungenschaften der letzten Jahrhunderte, die industriellen Erfindungen und technischen Fortschritte auf großartigem Gebiete über Bord werfen und die durch diese erzeugte moderne Kultur verächtlich. Ganz abgesehen von der Unmöglichkeit einer solchen Krastprose mag dies nach dem Geschmack der beschränkten Rückwärts- und Innungsbrüder sein, der deutsche Kaiser hat in diesem Sinne sich jedenfalls nicht ausgedrückt.

— Was man für Noth mit den Arbeitern hat! Billige Arbeitskräfte sind nach der Anschauung ländlicher wie städtischer Unternehmer ein wahrer Segen für das Land. Aber, wo fängt die Billigkeit an? Wenn es in den westlichen Provinzen zur Ernte geht, die Kampagnen in den Zuckerfabriken beginnen, die Ziegeleien im Betrieb, die Bauarbeiten in Schwung sind, dann sind die dortigen Arbeiter zu theuer und man sucht sich nach den billigen Arbeitskräften in Oestrichen und Westpreußen. Dieselben bilden auch die Reservearmee, so wie die Arbeiter höhere Forderungen geltend machen. Hierbei gerathen dann aber die Unternehmer in den Distriktprovinzen in Noth; die Arbeiter ziehen es denn doch noch vor, statt sich mit 80 Pf. oder 1. M. zu begnügen, nach Sachsen und weiter zu gehen, wo sie noch das Doppelte und mehr bekommen können, auch die Kultur eine etwas vorgeschrittener ist, so daß eine Behandlung wie in den östlichen Provinzen nicht mehr angeht. Nun sind überdies noch in den östlichen Provinzen viele tausende polnische Arbeiter ausgewiesen. In der letzten Verwaltungsbildung des Zentralvereins westpreussischer Landwirthe kam dieses jüngst zur Sprache aus Anlaß eines Antrags des Vereins Christburg, die Staatsregierung zu ersuchen, sie möge veranlassen, daß der Zugang von Arbeitern aus dem russischen Nachbarlande während der Zeit vom 1. April bis Martini nach denjenigen Kreisen möglichst erleichtert werde, in welchen in Folge der Auswanderung nach dem Westen ein erheblicher Mangel der Bevölkerungsdifferenz und in Folge dessen ein fühlbarer Mangel

an Arbeitskräften zu bemerken ist. Der Vorsitzende, Herr von Puttkamer-Plautz, trat für diesen Antrag ein, indem er nach dem Grandenzer „Geselligen“ ausführte, „die Gefahr einer Polonisirung der Grenzkreise liege nicht vor, denn wenn die Arbeiter sich länger hier aufhielten, als in den Sommermonaten, sei es leicht, sie über die Grenze zurückzuführen. Man hat dem Minister v. Puttkamer die Schuld an dem Arbeitermangel in Folge der Ausweisungen in die Schuhe geschoben! doch ist er es gerade gewesen, welcher den Reichsfiskus auf die aus den Ausweisungen für die Landwirtschaft erwachsenden Schäden aufmerksam gemacht hat; der Reichsfiskus aber erweiterte: „in vier Wochen müssen 40 000, d. h. Polen hinaus.“ Der Arbeitermangel ist so groß, daß auf irgend eine Weise Abhilfe geschafft werden muß. Der Herr Regierungspräsident hat an ihn (den Vorsitzenden) ein Schreiben gerichtet, in welchem angefragt wird, wie der Zentralverein über die Einführung chinesischer Arbeiter nach Westpreußen denke. So weit ist es schon gekommen, daß die Einführung chinesischer Arbeiter allen Ernstes von intelligenten Landwirthen empfohlen worden ist, z. B. von einem kgl. Domänenpächter im Kreise Pr. Stargard.“ Interessant sind die gemachten Vorschläge. Man möge den Zugang aus Anlaß vom 1. April bis Martini möglichst erleichtern, und wenn man die Arbeiter nicht mehr brauchen könne, sie nach Rußland zurückzuführen, wo während des Winters für die Arbeiter doch gewiß erst recht nichts zu holen sei. Und als ob Rußland sich dieses gefallen lassen würde! Von der Humanität, die in diesem Vorschlage liegt, wollen wir gar nicht reden; wahrheitlich ist das praktische Christenthum. Nach Afrika wollen wir die Kultur, das Christenthum und die Gerechtigkeit tragen, und in Deutschland das Christenthum einführen; Das sind schöne Zustände! Ist es da zu wundern, wenn aus Westpreußen im vorigen Jahre allein in 8 bis 9 Monaten 11 000 Menschen ausgewandert sind? Herr v. Puttkamer-Plautz, der hochsehrwürdige Mann sagt darüber, daß von seinem Gute allein im Laufe der Jahre 100 Familien und gerade die besten ausgewandert seien. Und das trotz der Begünstigung der bekanntverbreitenden Gutsbesitzer, trotz der hohen Kornzölle, und trotzdem, daß es in der ganzen Provinz mit Ausnahme der Städte Danzig, Elbing und Marienburg keine Sozialdemokraten giebt.

— Eine sozialistische Versammlung fand am Freitag in Schäfers Salon in Berlin statt. Es wurde eine Resolution angenommen, welche aufforderte, die Lokale derjenigen Gastwirthe nicht mehr zu besuchen, welche Sozialisten den Eintritt in ihren Vereinen verweigern oder ihre Lokale zur Abhaltung sozialistischer Versammlungen verweigern. Dem Druck von oben auf die Gastwirthe müßte, wie die Referenten ausführten, ein Druck von unten entgegengelegt werden.

Nachdem Die hier kürzlich verhafteten Sozialdemokraten sind am 15. d. M. wieder aus der Haft entlassen und die von dem Deputierten Wertens der Polizei ausgelieferten Passen der Vereins „Dimp“, dessen Kassierer M. war, zurückgegeben worden.

Deutscher Reichstag.

40. Sitzung vom 15. März.

Der Antrag des Abg. Singer auf Einstellung eines gegen Gröbenberger scheidenden Strafvorgangs wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Reichtraggesetzes. Abg. Bennigsen glaubt, daß ein größerer Theil der Ausgaben statt aus der Kasse aus laufenden Mitteln bestritten werden könne, und beantragt Ueberweisung an die Budgetkommission.

Schatzsekretär Walzahn will in der Kommission nachweisen, daß die Vorschläge der Regierung der bisherigen Praxis entsprechen.

Abg. Richter: Die Forderung für die Artillerie sei um so ausführlicher, als man die angelegte Heberlegung der russischen und französischen Artillerie doch schon bei Beratung des Systemats gemacht habe. Neben die Notwendigkeit sollte lange Zeit an hohe Stelle Meinungsverschiedenheit beizubringen zu haben. Die Vorlage werde die Zahl der bespannten Batterien über die Zahl der französischen und der russischen vermehren. Unsere besten Roblinmachungs-Verhältnisse würden aber erlauben, weniger Batterien voll bespannt zu erhalten, als die Nachbarländer. Warum verweigere man denn, daß die Vermehrung der Präsenzkasse in Frankreich mit der unsere letzte Heberlegung möglichst übereinstimmen, hinsichtlich der Anzahl der Bespannung? gar nicht einzutreten sei? Demnach könne man bei uns an eine Verminderung der Präsenzkasse denken. Man müsse nach Kompensation der Mehrausgaben im Rahmen des Militäretats suchen. Er spricht sich im Weiteren gegen die Freigabe der Obermarinebehörde aus, die erst recht zu Reibungen mit dem auswärtigen Komite führen werde. Er bitte, diese Freigabe abzulehnen.

Abg. Graf B. e. r. spricht sich für Bewilligung des Reichtrag-etats aus.

Abg. Bedel: Bei der Reden soll der Standpunkt des Abg. Richter keine Berücksichtigung erregt haben, auf dieser Seite noch weniger die Stellung des Referenten und seiner Freunde; sie sind einmal eine Regierungspartei man überlasse. Ich glaube, daß der Standpunkt des Abg. Richter auf die Steigerung der einmaligen Ausgaben bis auf 656 Millionen innerhalb einer so kurzen Zeit selbst bei den Kartellpartien Heberlegung hervorgerufen hat. (Widerpruch rechts.) Nun entsteht die Frage, wo soll das hinaus? Angeht es doch nächsten allgemeinen europäischen Waffenmordes müssen die Militärausgaben mit jedem Jahr erhöht werden. Während wir früher nur in jeder Session mit einer neuen Forderung bedacht wurden, müßten wir uns jetzt wundern, wenn nicht innerhalb drei Wochen eine deutliche Vorlage erscheint. Die sollen gegenüber Frankreich und Rußland eine bessere Bespannung? der Artillerie erhalten. Sehen wir denn, wie es vor einiger Zeit der Kartellblatt offen ausgeprochen hat, zwischen Frankreich und Rußland eingeleitet, und beiden Ländern gegenüber gemacht seien? Ein solcher Gesank grenzt an Wahnsinn. Man vergißt ganz, Oesterreich und Italien in Rechnung zu ziehen, die doch unsere Verbündeten sind. Aus der Vorlage selbst ergeben wir, daß es sich eigentlich nur um eine erste Rate handelt. Wir werden noch weitere Vorlagen zu erwarten haben, die wiederum eine bedeutende Vermehrung der Artillerie verlangen werden. Einer der europäischen Staaten ist schon schamhaft geworden, eine Kanonenkugel abzugeben. Die italienische Kammer hat die Heberlegung salionischen Berges bewilligt, aber als es sich um die Bewilligung der Ausgaben handelte, ist die Kammer hinter ihrem eigenen Beschluß zurückgeblieben. Keinesfalls erleben wir in dem kleinen Staate Serbien, wo man eine Verminderung des Budgets vorgeschlagen hat. In allen Militärskabinetten arbeitet man Tag und Nacht, um die bereits höchst vervollkommenen Waffeninstrumente noch weiter zu vervollkommen. Wie von einem Bergbau getrieben, machen die Wälder ungeheure Kalkungen, es ist noch zu einer Entschleunigungsschicht gekommen ist. Einen Gedanken muß ich hier ausprechen, der Sie vielleicht um Lachen reizen wird: der nächste Krieg wird höchst wahrscheinlich der letzte sein. Wenn 13 bis 15 Millionen Menschen, die Wälder der Nation, gegen einander in das Feld rücken, und ihrem Gewerbe beraubt werden, wenn die Lebensmittel vertheuert, das Familienglück zerstört, wenn die Wälder im Wunde erkrankt werden, wenn Millionen Wälder, Frauen, Bräute, Schwärmer ihrer Stützen beraubt sein werden, wenn dann ein allgemeiner Wesserei durch ganz Europa hält, dann werden die Wälder Europas endlich zu der Erkenntnis kommen, sie werden sich fragen: wozu uns für wen schlagen wir uns denn? Dann wird das ganze System, welches zu diesem Massenmorde geführt hat, in sich zusammenbrechen, und dann werden auch unsere Ideale sich vertheidigen. Wenn wir nun auch diese Unvollständigkeit mit Freuden begrüßen würden, so könnten wir doch um dieser Ziele willen den Weg dazu nicht billigen, und werden deshalb gegen diese Vorlage stimmen.

Abg. De la Motte spricht Namens der Konservativen für Bewilligung des Reichtrag-etats.

Abg. Windthorst beklagt die unerwartete Nachforderung. Das Volk verlange Klarheit in militärischen Dingen, daher sei eine Prüfung in der Kommission notwendig. Die Freigabe der Marineverwaltung halte er mit Rücksicht auf die Kolonialpolitik für bedenklich.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorf will sich keine schließlichen Ausführungen für die zweite Lesung aussprechen. Bedel verweist, daß der beste Schatz der von dem Kaiser der Zukunft ein Recht, aber sei. Wer das Material nicht mehr macht, mache es nicht.

Kontrollrath H. u. s. n. er. sucht ähnlich wie in der Denkschrift die Notwendigkeit einer Freigabe in der Marine nachzuweisen.

Abg. Bedel: Der Herr Kriegsminister hat meine Ausführungen so dargestellt, als ob ich Deutschland wehrlos machen möchte. Ich habe lediglich von der gesammten Situation Europas gesprochen. Wie wir uns eine andere Militärgeneration denken, haben wir nicht ausgeführt, wie wir auch ausgeprochen haben, daß wir eine

Um die Million.

Roman von Arthur Noehl.

(Fortsetzung.)

(Nachdr. verb.)

Bei den letzten Worten zog Gräbenitz seine kostbare Uhr heraus und sah nach der Zeit.

„Oh, wie gerne,“ wandte er sich plötzlich an Gertrude, wie gerne würde ich noch an Ihrer Seite einen Gang durch den Skulpturensaal machen, indes habe ich dort unten Niemand, der mich recht ersetzen könnte.“

„Und nun willst Du so fort“, fragte Fritz Ribbed. „Da hast Du freilich viel von der Ausstellung gesehen.“

„Oh, laß nur, ich mache es wie Andere mit dem Theater, ich begnüge mich mit den Kritiken. Und im Uebrigen, da Du nicht ausgefüllt hast —“

„Nun, nun, nur keine Galanterien mit mir“, wehrte Fritz ihn ab.

Gräbenitz schlug mit den Fingern ein Schnippen. „Ja, wäre mein Biedermeier nicht gestorben“, meinte er fast traurig, während Erna wie gelangweilt zu Gertrude hinblickte und zu der jungen Frau sagte: „Ach so, jetzt geht die alte Geschichte mit Biedermeier wieder los.“ — Biedermeier war nämlich ein alter, erprobter Jugendfreund des Bankiers, der einen Antheil an dem Geschäft am Graben besaßen, und den eines schönen Nachmittags der Schlag über seinem Rasenbuche gerührt.

Bei Biedermeier konnte ich fortgehen, wie ich wollte, und ruhig alles sehen und liegen lassen. Er war die Klugheit und die Treue selber. Solche Menschen giebt es heutzutage nicht mehr viel. Ja, hätte ich wenigstens einen so braven, thätigen und ehrlichen Menschen wie Ihren Sternan an der Hand“, wendete er sich an Gertrude, „aus ihm, glaube ich, würde ich mir einen zweiten Biedermeier ansiehen.“

„Aus unserm Otto Sternan“, fragte Frau Ribbed leicht erstaunt.

Die beiden jungen Mädchen hatten bei Nennung des Namens Otto Sternan's wie unter einem Impuls zu dem Bankier aufgeblitzt, der dem jungen Mann eine so warme Lobrede hielt und ihn in einem Atemzuge geschickt, fleißig, intelligent, ehrlich und durch und durch treu nannte.

„Ja, ja“, gab Frau Gertrude zu. „Sie haben vielleicht Recht, aber ich finde doch, daß Gustav, wie soll ich gleich sagen? mit Herrn Sternan etwas zu familiär thut.“

„Papa!“ fiel die sonst so schwiegsame Mathilde lebhaft ein. „Du irrst, Mama, Papa behandelt Herrn Sternan nur, wie es Herr Sternan verdient.“

Fritz schien an der kleinen Meinungsverschiedenheit interessiert.

„Schau, schau“, dachte er bei sich, die Augen auf Mathildens schönes Antlitz gerichtet.

„Wie kannst Du also sagen: zu familiär?“ wiederholte das junge Mädchen zu ihrer Stiefmutter.

„Nun, mich dünkt es mal so“, antwortete diese.

„Kein Mensch, der zu uns kommt, könnte, so wie Dein Vater ihn behandelt, in ihm den einfachen Enkel des Gärtners von Onkel Baschwitz, von dem ihr eben gesprochen, errathen.“

„Und das ist Alles“, versetzte Mathilde einfach, und Erna, die bei Sternan's Namen leicht erröthet, wiederholte, die Partei des jungen Mannes ergreifend, dieselben Worte: Das ist Alles!“

„Und das ist Alles?“ nahm jetzt auch Vetter Fritz das Wort. „Und das ist Alles, was Sie gegen ihn wissen, liebe Gertrude? Das will nicht viel bedeuten. Welt mehr hat es zu sagen, das Herr Sternan in der That der geschickteste, pflichterfüllteste junge Mensch ist, den ich kenne, daß Herr Sternan englisch, wie Sie, Miß Lucy, und italienisch wie ein Florentiner spricht, und mit seiner Geschäftskennntnis, mit seiner Ergebenheit und Treue sich wirklich zu Gustav's rechter Hand emporgeschwungen. Da habe ich von ihm dieselbe Ansicht, wie unser Vetter Heinrich Gräbenitz. Und nun denke ich, haben wir unsere Sitzung aus, nicht wahr, Madels?“

Dabei lachte er, und verwundert sah er seine beiden Cousinen ihm mit derselben ungeheuerlichen Freude und mit demselben Lächeln im Antlitz ihre Hände zurecken. Und, so wollte es dem Maler scheinen, in ihren lächelnden kleinen Händchen, die er eine Weile in der seinen behielt, fühlte er ein leichtes Beben, als sie sich bei ihm für die warme Vertheidigung Otto Sternan's bedankten.

Und wieder dachte Fritz unwillkürlich: „Schau, schau!“

Da unten hatte sich mittlerweile Benno Herrig, der fashionable Damenmaler erhoben und eine Weile aufrecht gestanden, ungeniesslich, damit ihm Fräulein Gräbenitz, ehe er sich entfernte, erst noch einmal in seinem prächtigen Jaguet bewundern sollte, indes Fritz hatte von Otto Sternan gesprochen, und darüber hatten beide Mädchen den Maler vergessen, der unbeachtet davon gehen mußte.

„Und wir — wollen wir noch einmal zur Ausstellung zurück?“ fragte Frau Ribbed und blickte dabei auf den wolkenlosen Himmel.

„Ich werde Ihnen etwas sagen“, hob Gräbenitz da an. „Nehmen Sie meinen Landauer, meine theure Gertrude, und fahren Sie mit Erna in den Prater.“

„Das ist eine Idee“, rief Erna. „Aber wo bleibst Du dann, Papa?“

„Ich werde mit einen Fiaker nehmen. Also abgemacht und auf Wiedersehen, Vale.“

Dabei reichte er Gertrude seine fette Hand, in die Frau Ribbed unter seinem Blick einen Moment lang ihre Augen senkte, die ihrige legte.

Fritz hatte inzwischen die Rechnung beglichen.

„Nicht doch, ich besahle“, hatte Gräbenitz gemeint. „Parbon“, war Ribbed's Antwort gewesen, „ich habe eingeladen, nicht Du; Du kannst Dich bei Deiner Einweihungsfeier am Schottenring veranlassen.“

Und während Gräbenitz, der es offenbar eilig hatte, bereits um Lokal hinausströmte, wandte Gertrude sich jetzt an den Maler. „Und Sie — kommen Sie mit uns?“

„Nein, danke — ich muß nach Hause, meinen Garten besorgen.“ (Fortsetzung folgt.)

Wohlfahrt Deutschlands nicht wollen. Wir wollen aber die ganze Politik in Bayern lenken, das solche Verhältnisse nicht mehr möglich sind, welche die Folge des Krieges von 1870 und der Annullen von Elb-Verträgen sind.

Der Kriegsmilitär erwidert, er habe mit jenen Worten auch nur auf das Bestehen geantwortet, das endlich mit dem Zerkeln der Schraube aufgehört werden müsse, und damit könne Deutschland nicht den Krieg wagen.

Ag. Richter geht nochmal auf die Frage der Teilung der Marineverwaltung näher ein und erwidert dem Kriegsmilitär auf seine Schlussnote: „wahrlich, ehrlich“, solche Folgen werde sein hier nicht angebracht, es handle sich hier um sachliche Nachteile für die Notwendigkeit der verlangten Forderungen.

Ag. Richter erwidert dem Kriegsmilitär, seine Partei glaube wohl, daß es möglich sei, die Schraube, und zwar gemeinsam mit anderen Staaten, auch mit Frankreich zum Stillstand zu bringen. Er müsse auch Vorstöße, wolle sie aber nicht erst nennen, da er wisse, daß dieselben hier doch nur mit Rücksichten aufgenommen werden würden.

Damit schließt die Diskussion und die Beschlüsse gehen in die Budgetkommissionen.

11. Sitzung vom 16. März.

Nachdem der Reichstag die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für 1885/86 an die Rechnungscommission verwiesen und in dritter Lesung eine Erklärung zum internationalen Vertrag, betr. die Regelung der Nordsee-Fischerei, angenommen, erfolgt die erste Beratung des Beschlusses über den Branntweineinkungsmangel.

Ag. Meyer (N.L.) ist für das Gesetz, und Ag. Miquel (R.L.) beantragt Kommissionsberatung.

Nach unvollständiger Debatte wird die erste Beratung geschlossen; die zweite Beratung findet im Plenum statt. Es folgt die Beratung des Gesetzes, betr. die Verlingerung der Lagerungsfrist für Privatwaaren.

Ag. Meyer (N.L.) beantragt: Anträge Lieber und Ditt, betr. den Verleumdungs, Adressen, betr. den Beschäftigungs-nachweis, und Sieder, betr. den Handel mit Spirituosen in den Kolonien.

Der 18. März.

Wenn irgend ein Gedentag der neueren Geschichte es verdient, dem Volke in seiner ganzen und vollen Bedeutung vorgeführt zu werden, so ist es der 18. März des Jahres 1848, der Tag, an welchem mit den alten, verrosteten Zuständen des Absolutismus gebrochen wurde und ein politisch konstitutionelles System wenigstens prinzipiell in Preußen Anerkennung fand.

Gewerkschaftliches.

Seestadt. Maurerkreuz. Wir müssen die unangenehme Mitteilung machen, daß wir bei unseren Meistern auf freilichem Wege eine Mehrforderung von pro Stunde 5 Pf. nicht erzielen konnten und in Folge dessen von sämtlichen Maurergesellen die Arbeit am 16. März eingestellt worden ist.

N.B. Sämtliche arbeiterfreundlichen Blätter werden um Verbreitung dieser Notiz gebeten.

Aus Stadt und Land.

Dant, 18. März. Niederhimmelferber konnte das Urtheil für die Segner des von der Majorität der Kirchenvertretung beschlossenen Kirchenbauprojektes nicht ausfallen, als wie es durch das Resultat der gestrigen Kirchentags- und Ausschlußwahl gegeben ist.

Es sind gemählt: Kirchenauschuß. 1. Herr Maurer Steubing, Reut. 2. Herr Kozian, „ 3. Herr Zimmer, Zick, Koppert. 4. Arbeiter Tempin, Belfort. 5. Bäcker, Janßen. 6. Gastm. Gernisch. 7. Arbeiter Altem.

Kirchentag. 1. Herr Schlofer Kirch, Belfort. 2. Schmidt Haaren, Seban. 3. Kaufm. Wente, Koppert. 4. Barbier Bick, Belfort. 5. Schiff. Gaube. 6. „ Trebel. 7. „

Wählmännchen, 16. März. Aus keinen Vorfällen können die Arbeiter mitunter lernen, daß, je mehr arbeitslose Lohnrücker vorhanden sind, je mehr auch der Lohn der noch in Arbeit befindlichen Arbeiter herabgedrückt wird.

Der Reichstag hat die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für 1885/86 an die Rechnungscommission verwiesen und in dritter Lesung eine Erklärung zum internationalen Vertrag, betr. die Regelung der Nordsee-Fischerei, angenommen, erfolgt die erste Beratung des Beschlusses über den Branntweineinkungsmangel.

Ag. Meyer (N.L.) ist für das Gesetz, und Ag. Miquel (R.L.) beantragt Kommissionsberatung.

Nach unvollständiger Debatte wird die erste Beratung geschlossen; die zweite Beratung findet im Plenum statt. Es folgt die Beratung des Gesetzes, betr. die Verlingerung der Lagerungsfrist für Privatwaaren.

Ag. Meyer (N.L.) beantragt: Anträge Lieber und Ditt, betr. den Verleumdungs, Adressen, betr. den Beschäftigungs-nachweis, und Sieder, betr. den Handel mit Spirituosen in den Kolonien.

Der 18. März.

Wenn irgend ein Gedentag der neueren Geschichte es verdient, dem Volke in seiner ganzen und vollen Bedeutung vorgeführt zu werden, so ist es der 18. März des Jahres 1848, der Tag, an welchem mit den alten, verrosteten Zuständen des Absolutismus gebrochen wurde und ein politisch konstitutionelles System wenigstens prinzipiell in Preußen Anerkennung fand.

ber Tischler sein müßte, die Arbeitszeit zu verkürzen. Während der Diskussion sprachen einige Redner dafür, daß die Arbeitszeit eigentlich hätte auf 9 1/2 Stunden pro Tag festgelegt werden müssen, davon aber, um so viel als möglich den Kampf abzumildern, Abstand genommen werden sei, und vorläufig eine solche von 10 Stunden in Betracht käme.

Ag. Richter geht nochmal auf die Frage der Teilung der Marineverwaltung näher ein und erwidert dem Kriegsmilitär auf seine Schlussnote: „wahrlich, ehrlich“, solche Folgen werde sein hier nicht angebracht, es handle sich hier um sachliche Nachteile für die Notwendigkeit der verlangten Forderungen.

Ag. Richter erwidert dem Kriegsmilitär, seine Partei glaube wohl, daß es möglich sei, die Schraube, und zwar gemeinsam mit anderen Staaten, auch mit Frankreich zum Stillstand zu bringen. Er müsse auch Vorstöße, wolle sie aber nicht erst nennen, da er wisse, daß dieselben hier doch nur mit Rücksichten aufgenommen werden würden.

Damit schließt die Diskussion und die Beschlüsse gehen in die Budgetkommissionen.

11. Sitzung vom 16. März.

Nachdem der Reichstag die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für 1885/86 an die Rechnungscommission verwiesen und in dritter Lesung eine Erklärung zum internationalen Vertrag, betr. die Regelung der Nordsee-Fischerei, angenommen, erfolgt die erste Beratung des Beschlusses über den Branntweineinkungsmangel.

Ag. Meyer (N.L.) ist für das Gesetz, und Ag. Miquel (R.L.) beantragt Kommissionsberatung.

Nach unvollständiger Debatte wird die erste Beratung geschlossen; die zweite Beratung findet im Plenum statt. Es folgt die Beratung des Gesetzes, betr. die Verlingerung der Lagerungsfrist für Privatwaaren.

Ag. Meyer (N.L.) beantragt: Anträge Lieber und Ditt, betr. den Verleumdungs, Adressen, betr. den Beschäftigungs-nachweis, und Sieder, betr. den Handel mit Spirituosen in den Kolonien.

Der 18. März.

Wenn irgend ein Gedentag der neueren Geschichte es verdient, dem Volke in seiner ganzen und vollen Bedeutung vorgeführt zu werden, so ist es der 18. März des Jahres 1848, der Tag, an welchem mit den alten, verrosteten Zuständen des Absolutismus gebrochen wurde und ein politisch konstitutionelles System wenigstens prinzipiell in Preußen Anerkennung fand.

Der Reichstag hat die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für 1885/86 an die Rechnungscommission verwiesen und in dritter Lesung eine Erklärung zum internationalen Vertrag, betr. die Regelung der Nordsee-Fischerei, angenommen, erfolgt die erste Beratung des Beschlusses über den Branntweineinkungsmangel.

Ag. Meyer (N.L.) ist für das Gesetz, und Ag. Miquel (R.L.) beantragt Kommissionsberatung.

Nach unvollständiger Debatte wird die erste Beratung geschlossen; die zweite Beratung findet im Plenum statt. Es folgt die Beratung des Gesetzes, betr. die Verlingerung der Lagerungsfrist für Privatwaaren.

Ag. Meyer (N.L.) beantragt: Anträge Lieber und Ditt, betr. den Verleumdungs, Adressen, betr. den Beschäftigungs-nachweis, und Sieder, betr. den Handel mit Spirituosen in den Kolonien.

Der 18. März.

Wenn irgend ein Gedentag der neueren Geschichte es verdient, dem Volke in seiner ganzen und vollen Bedeutung vorgeführt zu werden, so ist es der 18. März des Jahres 1848, der Tag, an welchem mit den alten, verrosteten Zuständen des Absolutismus gebrochen wurde und ein politisch konstitutionelles System wenigstens prinzipiell in Preußen Anerkennung fand.

Der Reichstag hat die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für 1885/86 an die Rechnungscommission verwiesen und in dritter Lesung eine Erklärung zum internationalen Vertrag, betr. die Regelung der Nordsee-Fischerei, angenommen, erfolgt die erste Beratung des Beschlusses über den Branntweineinkungsmangel.

Ag. Meyer (N.L.) ist für das Gesetz, und Ag. Miquel (R.L.) beantragt Kommissionsberatung.

Nach unvollständiger Debatte wird die erste Beratung geschlossen; die zweite Beratung findet im Plenum statt. Es folgt die Beratung des Gesetzes, betr. die Verlingerung der Lagerungsfrist für Privatwaaren.

Ag. Meyer (N.L.) beantragt: Anträge Lieber und Ditt, betr. den Verleumdungs, Adressen, betr. den Beschäftigungs-nachweis, und Sieder, betr. den Handel mit Spirituosen in den Kolonien.

Ag. Meyer (N.L.) beantragt: Anträge Lieber und Ditt, betr. den Verleumdungs, Adressen, betr. den Beschäftigungs-nachweis, und Sieder, betr. den Handel mit Spirituosen in den Kolonien.

Ag. Meyer (N.L.) beantragt: Anträge Lieber und Ditt, betr. den Verleumdungs, Adressen, betr. den Beschäftigungs-nachweis, und Sieder, betr. den Handel mit Spirituosen in den Kolonien.

Ag. Meyer (N.L.) beantragt: Anträge Lieber und Ditt, betr. den Verleumdungs, Adressen, betr. den Beschäftigungs-nachweis, und Sieder, betr. den Handel mit Spirituosen in den Kolonien.

Ag. Meyer (N.L.) beantragt: Anträge Lieber und Ditt, betr. den Verleumdungs, Adressen, betr. den Beschäftigungs-nachweis, und Sieder, betr. den Handel mit Spirituosen in den Kolonien.

Ag. Meyer (N.L.) beantragt: Anträge Lieber und Ditt, betr. den Verleumdungs, Adressen, betr. den Beschäftigungs-nachweis, und Sieder, betr. den Handel mit Spirituosen in den Kolonien.

Empfehle:
Hochf. Margarine
 pr. 1/2 kg 65 Pf., 5 Pfd. 3 Mt.,
Emder Seringe
 per Stüd 5 Pf.,
Emder Voll-Heringe
 pr. Et. 8 Pf., 3 Et. 20 Pf.,
Kl. Berger Fett-Heringe
 6 Stüd 10 Pf.,
Kleine Berger Fett-Heringe
 in lauer gelegt, 5 Et. 10 Pf.,
H. Mengers,
 Ulmenstraße.

Als enorm billig

empfehle:
 Bettfedern u. Halbbaunen in vielen Qualitäten, nur doppelt gereinigte Waare.
 Ganze Betten, Oberbett, Unterbett, Prühl und 2 Kissen mit guten Federn, zusammen für 21 Mt. (Ganz billige Federn führe ich prinzipiell nicht.)
 Schöne Tüll-Gardinen mit Rand-einfassung 25 Pfd.
 Schwere gestreifte baumw. Herren-Hemden 90 Pf.
 Bunte Kinder-Schürzen 20 Pf.
 Bunte Damen-Schürzen 30 Pf.
 Hochf. durchbrochene schw. Damen-Schürzen 50 Pf.
 Konfirmanden-Anzüge in vielen Qualitäten und allen Größen, schon von 10 Mt. an.
 In einzelnen Herren-Hosen und Jacketts erhielt große Zufriedenung, in schwarz und geräusert.
 Von den so viel nachgefragten schweren weißen Damen-Hemden à 130 Pf. sind ca. 100 Stüd angekommen; wer davon haben will, beeile sich. —

Jeden Sonnabend während des Marktes Ausverkauf von Resten u. zurückgesetzter Waare.

Georg Aden,
 Bant, am Marktplatz.

Empfehle sehr gutes
Kalb-Fleisch
 pr. Pfd. 30 Pf.
G. Maass.

Empfehle:
Neuheiten
 in
Frühjahrs-, Sommer-Anzug-
 und
Baletot-Stoffen.
 Anfertigung nach Maß unter Garantie.
Wilh. Fürst,
 Herren-Modermacher, Altestraße.

Honig,
 pr. 1/2 kg 50 Pf.,
 empfiehlt
Joh. Freese.

Confirmanden-Anzüge
 sind soeben in großer Auswahl eingetroffen. Die Preise sind noch billiger als im vorigen Jahre und gebe außerdem noch auf jeden Anzug einen Tilgshut gratis.
G. F. Peper, Bismarckstr. 6.

Frühjahrs-Neuheiten
 in
Regen-Mänteln
 für Damen, Konfirmanden und Kinder,
Promenaden-Mänteln, Süten
 für Damen und Kinder
 empfiehlt in großartiger Auswahl
A. G. Diekmann.

Das Brennmaterialien-Geschäft
 von
R. Notzke, Wilhelmshaven,

Königstr. 11, beim Bahnhof, und Noonstr. 3,
 empfiehlt bei vorliegendem Bedarf den geehrten Herrschaften von hier und Umgegend:
 Prima Westphälische Stückohle, gewasch. Knabbelohle, Rußohle I., Cole (gebroschen) II., Grube-Cole, Westphälische Anthracit-Briquettes, Braunkohlen-Briquettes, Englische Stückohle, Rußohle,
 Prima Westphälische Schmelzohle, Holzohlen, Scheitholz, 1 Meter lang, 1/2 Meter lang, Kleines Holz, 1/4 Meter lang, Preßtorf, zu Tagespreisen.
Feueranzünder.
 Lieferung in jeder Quantität.
Preise reell und billig. — Bedienung prompt.

Meiner geschätzten Kundschaft von Rah und Fern, sowie den werthen Einwohnern von Neuende, Kopperhörn und Umgegend zur gefl. Kenntnissnahme, daß ich mein Geschäft
von Bant nach Kopperhörn
 (Gemeinde Neuende)
 verlegt habe.
 Durch bedeutende Baar-Einkäufe bei ersten und reellsten Fabrikanten, habe ich mein Lager sehr vergrößert und bin ich in der angenehmen Lage
reelle Waaren
 zu außergewöhnlich billigen Preisen zu offerieren.
 Indem ich bitte, mein Unternehmen durch ferneren gütigen Zuspruch zu unterstützen, will ich bemüht bleiben, das Vertrauen der mich Bechrenden zu erwerben und zu erhalten suchen.
Kopperhörn (Neuende), den 15. März 1889.

J. Evers,
 Aussteuer- und Wäsche-Fabrik,
 Wolgarne und Konfektion.

Die
Buchbinderei von F. Kühn,
 Bant-Wilhelmshaven, Adolfsstraße 1,
 empfiehlt sich zur Anfertigung aller in dies Fach einschlagenden Arbeiten.
 Elegante Ausführung. — Mäßige Preise.

Empfehle mein reich assortirtes Lager von reingehaltenen deutschen, französischen, spanischen und portugiesischen
WEINEN.
 Gute Qualitäten in Rum, Arrac und Cognac. Ich empfehle ferner vorzügliche Liqueure und Branntweine, besonders
Kornbranntwein,
 als **Richtberger Doppelkorn, Doornkaat, 1863er Alter Korn, Steinhüger etc.**
Paul Hug, „Zur Arche“.

Feinste
Blut-Apfelsinen
 pr. Dgd. 1 Mt., und 1,50 Mt.,
 empfiehlt
Joh. Freese.
 Ich komme auf den Wochenmarkt in Bant mit
Blumen, Gemüse und Sämereien.
 Habe nur gute, keimfähige Waare.
G. Seyferth, Barcl.

St. Carbonade,
 pr. Pfd. 80 Pf.,
Leber-Wurst,
 pr. Pfd. 60, 80 u. 100 Pf.
 empfiehlt
Finette, Essig,
 Marktstraße.

Wein
Sarg-Lager,
 sowie
Leichenbekleidungen
 halte zu billigen Preisen empfohlen.
J. Wehen, Sedan.

Empfehle:
Kahz
und Flaschen-Bier
 aus der
Dampfbrauerei von Th. Fetzföter
 in Lever,
 in Gebinden von 15 bis 100 Litern.
 Feines Lagerbier 33 Fl. 3 Mt.,
 Bayrisches Gebräu 27 Fl. 3 Mt.,
 Feines böhmisches Gebräu 30 Fl. 3 Mt.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
J. Fangmann, Bismarckstr. 59,
 1 Treppe.

Habe noch einige Scheffel frühest
Pflanz-Kartoffeln
 abzugeben.
Carl F. Lübben, Bant,
 am Marktplatz.

Giftfreie Farben
 für den Hausgebrauch
 zum Auffärben und Aufbürsten von Kleidern und Möbelstoffen, Mägen, Väusern etc.
 empfiehlt in reicher Auswahl zu billigen Preisen
Rich. Lehmann,
 Wilhelmshaven und Bant.

Sehr dauerhafte, aus bestem deutschen und ameritanischen Sohlleder
geschnittene Sohlen
 empfiehlt
Louis von Bahden.
 Mein reichhaltiges Lager von
Bordeaux-, Rhein- und Mosel-Weinen,
 Portwein, Sherry, Malaga, Samos,
Medicinal-Tokayer
 halte zu billigen Preisen bestent empfohlen.
Rich. Lehmann,
 Wilhelmshaven und Bant.

Anständige junge Leute können Logis erhalten bei
 Frau **Pauline Schmidt,** Bant,
 Adolfsstraße 27.
 Dasselbst ist ein möbl. Zimmer zu verm.
 Per 1. Mai d. J. gute, trockene
Wohnungen
 in Neubremen und Kopperhörn zu vermieten. Näheres bei
 Maurermeister **Zayse,** Bant.

Ein junger Mann sucht
freundliches Logis.
 Gest. Off. sind unter M. S. in der Exp. d. Bl. niederzuliegen.
Oldenburger Sterbe-Kasse
 a. G.
Sonntag, 24. März, Nachm. 2 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
 bei Hrn. Hellemann, Neubremen und wird um rege Beteiligung ersucht.
 § 25 und § 28.
 Die Verwaltung.